

Übersicht

Wo der Samichlaus und sein Geleit überall in Nid- und Obwalden präsent sind. 27

Vor 200 Jahren endete ein dunkles Kapitel

Nidwalden In keinem Kanton der Schweiz liegt die letzte Todesstrafe so lange zurück wie in Nidwalden. Dazu führten eine Reihe missglückter Hinrichtungen und zwei kluge Strafverteidiger, die an die Menschlichkeit appellierten.

Franziska Herger
franziska.herger@nidwaldnerzeitung.ch

Wer heute nach Stans hinein fährt, sieht als Erstes Ampeln. In vergangenen Jahrhunderten hätte es ein sachte im Wind wehender Gehängter sein können, der auf dem Weg von Stansstad her daran mahnte, wie in Nidwalden mit Kriminellen umgegangen wurde. Noch heute gibt es die runde Richtstätte Chalenbergli in Fronhofen, wo jahrhundertlang ein Galgen stand. «Auch die Köpfe der gnädig Enthaupteten wurden zur Abschreckung manchmal auf dem Galgen präsentiert», sagt Historiker Daniel Krämer, der an der Herbstversammlung des Historischen Vereins Nidwalden über das Ende der Todesstrafe im Kanton berichten wird.

Der Letzte, der vor 200 Jahren seinen Kopf auf den Richtblock legte, wäre beinahe vergessen gegangen. Franz Josef Käslin, Dieb und Wiederholungstäter aus Emmetten, wurde am 29. April 1817 hingerichtet, als in Nidwalden gerade alle damit beschäftigt waren, nicht zu verhungern. 1815 war auf Java der Vulkan Tambora ausgebrochen, was in Europa zu einem «Jahr ohne Sommer» und schweren Missernten führte. «Die Leute essen Gras auf der Weide wie Vieh», schrieb der Stanser Kunstmaler Martin Obersteg im Juni 1817 in sein Tagebuch. Hatten frühere Hinrichtungen oft einen Viertel der 8000 Einwohner Nidwaldens nach Fronhofen gezogen, berührte Käslin, der wiederholt Lebensmittel gestohlen



Hier stand jahrhundertlang ein Galgen: die Richtstätte Chalenbergli mit der Galgenkapelle in Stans.

Bild: PD/Peter Steiner

hatte, die Leute kaum noch. Bis vor wenigen Jahren glaubte man daher, Kaspar Zimmermann sei im September 1816 als letzter Nidwaldner hingerichtet worden.

Alois Niederberger starb erst nach dem dritten Schlag

Der Tod des noch sehr jungen Zimmermann, ebenfalls wegen mehrfachen Diebstahls angeklagt, beschäftigte die Nidwaldner. Er weigerte sich, die letzte Beichte abzulegen. «Erst als der Scharfrichter mit dem Schwert

drohte, lenkte er ein», erzählt Krämer. Die Zuschauer weinten und beteten um sein Seelenheil. «Nach der Überlieferung rauschte es wie im Wald, als alle beim Todesschlag ihre Köpfe senkten», sagt Krämer. «Wenn die Not nicht so gross gewesen wäre, hätte man Zimmermann vielleicht leben lassen.» Doch in der Hungerkrise wurden Diebstähle mit aller Härte verfolgt.

Auch die beiden vor Zimmermann Geköpften waren Diebe – und auch ihre Hinrichtungen lie-

fen nicht nach Plan. Josef Christen aus Wolfenschiessen fiel im Herbst 1815 auf dem Weg vom Kerker im Stanser Rathaus nach Fronhofen mehrmals in Ohnmacht. Und Alois Niederberger aus Büren starb am 16. März 1815 erst nach dem dritten Schwertschlag. «Zwei Geistliche sprangen dazu, ihre Habite waren mit Blut verschmiert», schrieb Kunstmaler Obersteg.

Diese Reihe missglückter Hinrichtungen hätte bei den Nidwaldnern das Bewusstsein für die

Grausamkeit der Todesstrafe geweckt, meint Krämer. «Nach Käslin wurde sie jahrzehntlang nie mehr ernsthaft in Betracht gezogen.» Bis 1856, als die Buochser Geschwister Katharina und Remigi Bali in aller Öffentlichkeit stritten und sich gegenseitig beschuldigten, ihren Neffen getötet zu haben. Die Leiche des fünfjährigen «Migeli» Bali hatte man acht Jahre zuvor in einem Bachbett gefunden und vermutet, er sei ertrunken. Doch nun wurden die Geschwister verhaftet und ge-

standen alles. Sie hatten ihren Neffen eingesperrt, erstickt und schliesslich in den Bach geworfen, weil sie glaubten, er mache ihnen eine Erbschaft streitig.

Ein Kindsmord aus Habgier gab keine Todesstrafe

Mord: eigentlich ein klarer Fall für die Todesstrafe. Doch die Verteidiger Karl von Deschwanden und der spätere Nationalrat Melchior Joller, beide liberale Vordenker in Nidwalden, appellierten in ihren Plädoyers an die Menschlichkeit. Und schoben dem jeweils anderen Geschwister die Verantwortung zu, sodass am Ende nicht klar war, wer was getan hatte, um Migeli zu töten. Die Mehrheit des Landrats stimmte trotzdem für ihre Hinrichtung. «Doch die für die Todesstrafe nötige Dreiviertelmehrheit wurde nicht erreicht», so Krämer. Katharina Bali wurde schliesslich zu lebenslangem Zuchthaus und 30 Jahren Kettenstrafe verurteilt, Remigi zu 30 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Kettenstrafe.

«Nach diesem Urteil wusste man in Nidwalden nicht, für was man denn die Todesstrafe aussprechen sollte, wenn nicht für einen Kindesmord aus Habgier», sagt Historiker Krämer. So wurde Nidwalden zu dem Schweizer Kanton, in dem die letzte Hinrichtung am längsten zurückliegt.

Hinweis

Herbstversammlung des Historischen Vereins Nidwalden: Montag, 20. November, um 19.30 Uhr in der Aula Kollegi Stans.

Das Spital kann seine Miete nicht zahlen

Obwalden 3,5 Millionen Miete müsste das Kantonsspital seit diesem Jahr dem Kanton leisten. Dieses Geld hat es nicht, weshalb die Regierung dem Spital 2018 mit 2 Millionen unter die Arme greifen will. Bei anderen Beiträgen macht man den Sack zu.

Franziska Herger
franziska.herger@obwaldnerzeitung.ch

Mit 18,9 Millionen Franken will die Regierung im Jahr 2018 das Kantonsspital Obwalden unterstützen. 12,9 Millionen für die stationären Behandlungskosten hat der Regierungsrat bereits ins Budget aufgenommen, das am 6. und 7. Dezember im Kantonsrat behandelt wird. Über die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) beschliesst das Parlament direkt. Darunter fallen laut dem Bericht des Regierungsrates etwa Forschungsgelder sowie Beiträge für den Rettungsdienst, die Seelsorge und den Sozialdienst, aber auch Leistungen zur Aufrechterhaltung von Spitalkapazitäten aus regionalpolitischen Gründen.

Hier sind sich der Spitalrat und die Regierung nicht einig. Für 2017 hat der Spitalrat noch GWL-Beiträge von 3,9 Millionen beantragt, 2018 sind es 5,2 Millionen. Der Regierungsrat empfiehlt dem Kantonsrat 6 Millionen zur Genehmigung. Dieser

Betrag setzt sich jedoch anders zusammen, als der Spitalrat es möchte: Er beantragt im Unterschied zum Vorjahr Beiträge von 1,2 Millionen, um die Mindereinnahmen aus der Tarmed-Teilrevision auszugleichen. Der Bundesrat hat die Anpassung dieses Abrechnungssystems zur Spitalfinanzierung auf den 1. Januar 2018 beschlossen, um 470 Millionen Franken einzusparen.

In seiner Stellungnahme vom 9. Juni begrüsst das Finanzdepartement die damit verbundene Senkung der Kosten im spezialärztlichen Bereich. Daher werde der beantragte Ausgleich nicht unterstützt, schreibt die Regierung. Urs Keiser, Sarner CVP-Kantonsrat und Präsident der Spitalkommission, bringt es auf den Punkt: «Es wäre politisch ein falsches Zeichen, wenn der Kanton das Kässeli nun wieder auffüllt, nachdem er die Einsparungen befürwortet hat.»

Spitaldirektor Daniel Lüscher kann diese Argumentation aus der Sicht des Kantons verstehen.

Doch das Geld könne nicht einfach wieder reingeholt werden. «Ertragssteigerungen sind durch unser begrenztes Einzugsgebiet nicht unendlich möglich.»

«3,5 Millionen sind ein exorbitanter Betrag»

Dass der Kantonsbeitrag dann doch 6 Millionen Franken betragen soll, liegt an den 2 Millionen,

welche die Regierung an die Mietkosten des Spitals zahlen will. Die Miete von rund 3,5 Millionen Franken muss es dem Kanton seit diesem Jahr aufgrund der neuen Spitalfinanzierung nach dem Krankenversicherungsgesetz zahlen. 2017 sollte als Übergangsjahr zeigen, ob und in welcher Höhe das Kantonsspital die Miete bezahlen kann. Wie sich

herausstellt, kann es das gar nicht. «3,5 Millionen sind ein exorbitanter Betrag», sagt Spital-CEO Lüscher. «Wir machen keinen Hehl daraus, dass wir das schlicht nicht haben.» Den Beitrag von 2 Millionen für 2018 werte man daher positiv.

Sparhebel wäre beim Personal anzusetzen

Für Kommissionspräsident Urs Keiser ist die Miete «auch ein Wink mit dem Zaunpfahl, damit das Spital bei den Sparbemühungen im Kanton mitmacht». Für 2018 hoffe er, dass die übrige Miete von rund 1,5 Millionen vom Spital erbracht werden könne. Daniel Lüscher sieht da eher schwarz: «Einen Teil der 1,5 Millionen werden wir wohl bezahlen können. Wie viel, wissen wir aber noch nicht. Zum Mietbetrag sind auch noch die Mindereinnahmen aus der Tarmed-Revision zu erwirtschaften.»

Doch man versuche, auf die Kostenbremse zu stehen. «Das Personal macht 65 Prozent unse-



Das Kantonsspital Obwalden steht vor finanziellen Herausforderungen.
Bild: Corinne Glanzmann (Sarnen, 20. August 2014)

ANZEIGE

**IHR TREPPENPROFI
IN DER
ZENTRALSCHWEIZ**
Besuchen Sie unsere
grosse Ausstellung!

